

DEBATTENPROJEKT: „WIDER DIE HEILIGEN KÜHE“

Green Deal wird Green Disaster: Wie die EU-Klimapolitik die Wirtschaft zerstört

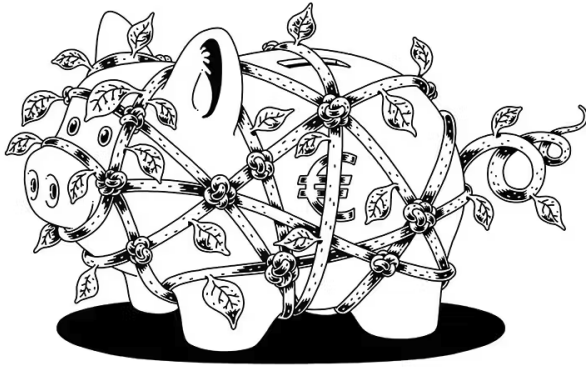
Der Green Deal sollte Europa voranbringen. Doch während die Europäische Union leidet, profitieren Länder im Rest der Welt. Warum haben wir uns so geschadet?



Franz Becchi

10.11.2025

🔄 10.11.2025, 12:23 Uhr



Olivier Heiligers

Die Kühltürme des Atomkraftwerks in Gundremmingen, [Bayern](#), sind gefallen. Binnen 30 Sekunden lösten sie sich in eine Staubwolke auf – und damit auch ein Stück der deutschen Energiegeschichte. Ende Oktober wurden die Türme gesprengt, die jahrzehntelang fast 700 Terawattstunden CO₂-freien Strom erzeugt und jährlich etwa fünf Prozent des deutschen Strombedarfs gedeckt haben.

Ein Meilenstein im deutschen Atomausstieg. Doch beim Anblick der schwarzen Trümmerwolken bleibt eine Frage: War dies wirklich die richtige Entscheidung? Schließlich spielte Atomkraft lange eine Schlüsselrolle beim wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands. Die Entscheidung, diese Energiequelle nicht mehr zu nutzen, hat nicht nur ökologische, sondern auch weitreichende ökonomische und geopolitische Folgen.

Der Plan: Die Europäische Union ([EU](#)) soll zur globalen Vorreiterin der „grünen“ Energiewende werden. Deutschland soll als wirtschaftlich stärkstes EU-Mitglied als Vorbild voranschreiten. Doch wie „grün“ ist Europas Klimapolitik wirklich? Und ist der ambitionierte Plan wirtschaftlich tragbar?

Ende 2019 präsentierte die EU-Kommission unter ihrer Präsidentin [Ursula von der Leyen](#) den Green Deal. Das Ziel: Europa soll bis 2050 „klimaneutral“ werden, also seine Netto-Treibhausgasemissionen bis dahin auf null reduzieren. Im Mittelpunkt stehen die Abschaffung fossiler Brennstoffe und der massive Ausbau erneuerbarer Energien.

Europas „grüne“ Wende: Utopie oder wirtschaftlich tragbar?

Doch trotz dieser ambitionierten Pläne gibt es zahlreiche interne Widersprüche, die die Glaubwürdigkeit des Projekts infrage stellen. Utopische Ziele kollidieren mit wirtschaftlichen Realitäten, geopolitischen Zwängen und ungleicher Umsetzung.



Klimawandel: Ende der Menschheit, oder vielleicht doch nicht?

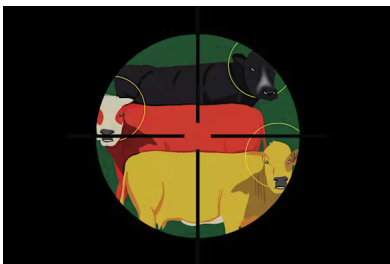
Nasa/dpa

Die Klimapolitik gerät zunehmend in die Kritik, sogar von ihren Initiatoren. „Die Art und Weise, wie unsere eigenen Politiker den Aufstieg Chinas im Bereich grüner Technologien [...] gefördert haben, sollte uns als Warnung dienen“, schrieb von der Leyen Ende Oktober 2025 in [einem Brief](#) an die EU-Staats- und Regierungschefs.

[China](#) hat massiv von europäischen Subventionen für grüne Technologien wie Solarenergie, Batterien und Elektrofahrzeuge profitiert. Das Reich der Mitte konnte von niedrigen Umweltstandards und günstigen Produktionsbedingungen zehren. Schlussendlich ein klarer Wettbewerbsnachteil für [Europa](#).

Als Ergebnis dominieren chinesische Unternehmen mittlerweile den Markt für grüne Technologien. Mehr als 70 Prozent der weltweiten Solarmodule und Batterien stammen aus China. Diese Marktverschiebung hat Europa zunehmend in eine Abhängigkeit von chinesischen Produktionskapazitäten und Billigimporten geführt.

Gleichzeitig hat das asiatische Land durch den Green Deal einen enormen Vorteil erlangt. Europa hat den Fokus auf Nachhaltigkeit und grüne Technologien gesetzt, während China diese Schwächen geschickt ausgenutzt hat. Der europäische Markt ist nun mehr denn je auf Importe angewiesen, was langfristig nicht nur die wirtschaftliche Unabhängigkeit, sondern auch den globalen Wettbewerb auf den Kopf stellt.



Roshanak Amini/Berliner Zeitung

DAS DEBATTENPROJEKT

Dies ist ein Text zum Projekt „Wider die heiligen Kühe“ der Berliner Zeitung. Aus Anlass des 35. Jahrestages der deutschen Einheit und zum 36. Jahrestag des Mauerfalls prüft die Redaktion, was Deutschland ändern und welche Grundregeln das Land überdenken muss, um als geeinte Nation wieder erfolgreich und für die Zukunft gewappnet zu sein.

Chinas Emissionen: Der Elefant im Raum

Diese geopolitische Verschiebung hat Europa nicht nur von China abhängig gemacht, sondern könnte auf lange Sicht den globalen Wettbewerb in der grünen Technologiebranche zugunsten Chinas beeinflussen. Während Europa sich selbst schadet, bleiben die tatsächlichen Umweltgewinne eher gering.

Laut Statistiken von Our World in Data verzeichneten viele europäische Länder wie Deutschland und das Vereinigte Königreich zwischen 1950 und 2000 einen leichten Anstieg der Emissionen, der dann zurückging. China jedoch hat inzwischen die Emissionen aller anderen Länder überschritten. 2023 verzeichnete die Volksrepublik etwa zwölf Milliarden Tonnen CO₂, was einen Rekordwert darstellt – und das trotz aller Bemühungen Europas, seine Emissionen zu reduzieren.

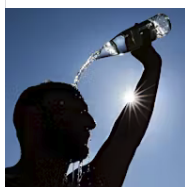
Nicht nur von der Leyen hat ihre Klimahaltung revidiert, auch der US-Milliardär [Bill Gates](#) zeigt sich nun weniger besorgt über die Klimakrise. Vor vier Jahren veröffentlichte er noch das Buch „Wie wir die Klimakatastrophe verhindern“. Heute sieht er die Lage weniger dramatisch. Zwar bleibt er der Ansicht, dass der Klimawandel ernste Folgen haben wird, aber er ist der Meinung, dass er „nicht das Ende der Menschheit“ bedeuten werde, wie es nun auf seiner [Webseite](#) Gatesnotes heißt.

Grafik: BLZ. Quelle: Global Carbon Budget, 2023



Meteorologe zum Klimawandel: „Der Mensch ist nicht der alleinige Verursacher“

Berlin 28.07.2025



43 Grad in Berlin? Die große Hitzewelle, die nie kam!

TV & Medien 12.07.2025



Interessant ist, dass Gates sich seit Jahren auch stark auf Investitionen im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) konzentriert hat – ein Sektor, der enorme Mengen an Energie benötigt. Eben jene Investitionen werfen die Frage auf, wie vereinbar seine Haltung zum Klimawandel mit seinem wirtschaftlichen Engagement in der KI-Branche ist, die sich

zunehmend als energieintensiv herausstellt.

Doch verlassen wir das Reich der Spekulationen und ziehen Bilanz: Was hat die „grüne“ Klimapolitik der EU und Deutschland außer einer schwerwiegenden Abhängigkeit von China gebracht? Das Zauberwort ist „Deindustrialisierung“ – die deutsche Wirtschaft schrumpft im Rezessionstempo, Unternehmen machen dicht, Stellen werden abgebaut, Tendenz steigend.

Am Ende des Tages geht es um Kohle. Und nein, nicht um die wieder in Betrieb genommenen Kohlekraftwerke, die als Reaktion auf die EU-Sanktionen gegen Russland nach dessen Invasion der Ukraine reaktiviert wurden. Es geht um das Geld, das immer stärker aus den Taschen der EU-Bürger abgezogen wird. In Deutschland sind die Strompreise für die Haushalte seit 2021 um bis zu 41 Prozent gestiegen.

Zehntausende Jobs fallen weg, unter anderem bei Volkswagen (bis zu 35.000) und Bosch (bis zu 5.500). Deutsche Autohersteller kaufen CO₂-Zertifikate aus China, die oft für nichtexistierende Projekte wie Hühnerställe statt Ölfelder ausgestellt wurden. Großunternehmen wie BASF, Siemens Energy oder Thyssenkrupp verlagern die Produktion zunehmend nach Asien oder in die USA. Mittelständische Betriebe können nicht folgen.

Die Automobilindustrie im Stresstest

Mit dem Verbrennerverbot hat Deutschland das pulsierende Industrieherz der eigenen Wirtschaft stillgelegt. Die Automobilindustrie steckt tief in der Krise. Porsche verzeichnete einen Verlust von fast einer Milliarde Euro im dritten Quartal, verursacht durch milliardenschwere E-Auto-Kosten, einen Absatzeinbruch in China und US-Zölle. BMW meldet einen Gewinnrückgang von mehr als 25 Prozent im ersten Quartal und fast 30 Prozent in der ersten Jahreshälfte. Diese Wirtschaftskrise ist nicht nur ein Problem für die Automobilbranche, sondern auch für ganz Deutschland.

Hinzu kommt das Heizungsgesetz. Es schreibt vor, dass neue Heizungen ab 2024 zu mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien nutzen müssen. Eine Wärmepumpe kostet etwa 17.000 bis 25.000 Euro, wobei Haushalte durch bis zu 70 Prozent staatlicher Förderung bis zu 7.500 Euro selbst tragen müssen – auch wenn eines der Haushaltsmitglieder vielleicht gerade seine Stelle bei Volkswagen verloren hat. Diese rasche Umstellung auf erneuerbare Energien ist teuer und stellt viele Haushalte vor enorme finanzielle Herausforderungen.





Ein E-Auto des chinesischen Herstellers BYD.

Jens Kalaene/dpa

Das große Problem der Klimapolitik ist deren ideologische Ausrichtung, die keine realen und konkreten Lösungen für Umweltschäden bietet, sondern den Diskurs auf eine moralische Ebene verschiebt, wonach „der Mensch“ allein schuld an Wetterereignissen und Katastrophen sei. Dabei wird alles in einen Topf geworfen: Physik, Wetter, Klima, Umwelt – alles wird einfach als „Klimawandel“ bezeichnet.

Außerdem: Der Green Deal ist zwangsläufig nicht „nachhaltig“. Nachdem die Automobilindustrie durch strikte Klimavorgaben geschwächt wurde, stellt sich nun die EU auf eine Art Kriegswirtschaft um. Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall und Schaeffler wandeln ihre Produktionsstätten für zivile Autoteile in militärische Komponenten um. Die Frage bleibt: Wie „nachhaltig“ sind eigentlich Waffen, Drohnen oder Panzermunition? Geht es beim Green Deal wirklich um den Umweltschutz, oder sind eher finanzielle Interessen im Spiel?

Klimawandel: Viel Ideologie, wenig Lösungen

Der ideologische Widerspruch der Klimapolitik wird besonders beim Thema Atomkraft deutlich. Einerseits wird der Ausstieg aus der Atomenergie als sicherheitspolitische Notwendigkeit nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima gefeiert. Doch nun diskutieren die gleichen Akteure, ob Deutschland nicht doch Atomwaffen besitzen sollte – eine Technologie, die genau das erzeugen soll, was man bei der zivilen Nutzung der Atomkraft zu vermeiden sucht. Es ist dieser ideologische Spagat, der das Vertrauen in eine konsistente, pragmatische Umweltpolitik erschüttert.

Europa braucht eine souveräne Energiepolitik, die Diversifizierung und Innovation statt ideologischer Dogmen in den Mittelpunkt stellt. Andernfalls werden Maßnahmen wie der Green Deal weiterhin mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen. Es geht nicht um „Klimaschutz“ oder „grüne Zukunft“, sondern um knallharte geopolitische und wirtschaftliche Abhängigkeiten, die die Grundlage der europäischen Wohlstandsgesellschaft gefährden.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.